

Patrick Steinle  
Aabachstrasse 26c  
6300 Zug

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 27.02.2008.....

Bekanntgabe im GGR : 18.03.2008.....

Stadtkanzlei  
6300 Zug

Zug, 25.02.2008

Motion:

### **170 günstige Wohnungen**

Die Stadt stellt Wohnbaugenossenschaften oder anderen nicht gewinnorientierten Organisationen Land im Baurecht zur Verfügung zur Erstellung von mindestens 170 günstigen Wohnungen. Mindestens 75% der Wohnungen müssen 4 oder mehr Zimmer haben, Wohngemeinschaften werden wie normale Wohnungen gezählt. Diese Wohnungen werden nicht der Wohnbauinitiative angerechnet, sondern entstehen zusätzlich.

Begründung:

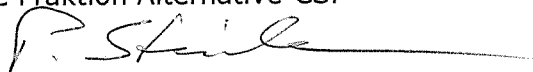
Mit der Überbauung Roost, einigen kleineren Objekten sowie fragwürdigen Zählmethoden zeichnet sich in absehbarer Zeit eine Erfüllung der Wohnbauinitiative ab, die 1981 vom Volk angenommen wurde. Seither stieg die Bevölkerungszahl beträchtlich, die Nachfrage nach Wohnungen in Zug ist nach wie vor riesig – in allen Preissegmenten.

Von privaten Investoren wurden in den letzten Jahren bereits hunderte Wohnungen in mittlerer bis teurer Preislage auf den Markt gebracht, in den nächsten Jahren werden nochmals ähnlich viele hinzukommen. Alleine für Zug West gehen Schätzungen von über 1'500 neuen Wohnungen im Zeitraum 2002 – 2012 aus.

Günstiger Wohnraum (4 Zimmer-Wohnungen für netto weniger als 2'000 sFr./Monat) wird aber - abgesehen von der schleppenden Umsetzung der Wohnbauinitiative - kaum geschaffen, was zu zunehmender sozialer Segregation führt (Verdrängung finanzschwacher Personen aus der Stadt, insbesondere von Familien).

Die Landpreise sind in Zug derart hoch, dass markt- und damit profitgerechte Wohnungen automatisch zu teuer werden. Deshalb muss die Stadt hier korrigierend eingreifen und gemeinnützigen Organisationen Land für günstigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Das Stimmvolk hat im Laufe der Jahre in mehreren Abstimmungen dieses Anliegen unterstützt. Zuletzt wurde sogar der Verkauf von städtischem Land zwecks Erstellung von 170 Wohnungen im mittleren bis gehobenen Preissegment unterstützt – umso mehr Unterstützung dürfte die städtische Förderung von tatsächlich günstigem Wohnungsbau geniessen. Angesichts der stetigen Bevölkerungszunahme und der verglichen mit 1981 nochmals massiv verschärften Wohnungsnot ist ein erneutes und verstärktes Engagement der öffentlichen Hand dringend nötig.

Für die Fraktion Alternative-CSP



Patrick Steinle